

„Die Rente ist sicher!“ „... muss für alle sicher sein!“

Unter dieser Überschrift veranstalten der **DGB**, die Dienstleistungsgewerkschaft **ver.di** zusammen mit dem baden-württembergischen **Bündnis gegen Altersarmut** am 10. November in Stuttgart eine Konferenz mit Expertenbeiträgen und einer Podiumsdiskussion mit Vertreter*innen aus Politik und Gewerkschaften.

Die KAB Rottenburg-Stuttgart ist Teil des Bündnisses gegen Altersarmut und will mit vielen Verbündeten das Thema stärker auf die politische Agenda heben.

Impuls nimmt dies zum Anlass, das Thema Armut im Rentenalter in den Blick zu nehmen.

Gutes Leben im Alter ist für die KAB ein Herzensthema. Wir sehen mit großer Sorge, dass sich die soziale Frage für immer mehr Menschen im Alter zuspitzt. Unser Rentensystem ist nicht sicher, wie uns seit Norbert Blüm alle Regierungen versprechen und Lösungen, die das Rentensystem zukunftsfest und armutsicher machen könnten, werden nicht angepackt. Die Rentner und Rentnerinnen sind schließlich ein wichtiges Wählerpotenzial, das man mit der Wahrheit nicht verschrecken will.

Für immer mehr Menschen ist das Alter mit drohender oder faktischer Armut verbunden. Wobei Armut im Alter in den meisten Fällen ein verschämtes, verstecktes Thema ist. Wer spricht schon gerne darüber, dass man vor lauter finanzieller Sorgen kein ruhiges Leben mehr hat? Wie komme ich über die Runde bei den steigenden Mieten, Lebensmittel- und Energiekosten? Und wehe, wenn dann noch unerwartete Ausgaben hinzukommen, wie etwa ein neuer Kühlschrank oder gar eine neue Heizung.

Der demografische Wandel bringt es mit sich, dass eine **auskömmliche** Altersversorgung **für alle** – egal welche Lebensverläufe sie hatten – ganz neu gedacht werden muss. Dies gilt für das Rentensystem, den immer unbezahlbareren Aufenthalt im Seniorenheim, aber auch die finanzielle Ausstattung der Pflegeversicherung. In den Blick rücken sollten die pflegenden Angehörigen. Sie bekommen viel zu wenig Aufmerksamkeit und finanzielle Anerkennung. Dabei schultern sie die große Last der Versorgung der Betagten.

Rund vier von fünf Pflegebedürftigen in Deutschland werden zu Hause versorgt. Meist erfolgt die Pflege durch pflegende Angehörige.

Allen politischen Regelungen zum Trotz steigt die Altersarmut weiter an. Immer wie-



der wurden die Renten angepasst und verändert, um die Rente zu stabilisieren. Als Bewegung für soziale Gerechtigkeit will die KAB die Politik mitgestalten, damit sie dem Menschen dient.

Angesichts steigender Altersarmut, fordert die KAB mehr Solidarität in der gesetzlichen Rentenversicherung und das Eindämmen von prekären Arbeitsverhältnissen. Sie sind häufig ungeschützt, schlecht entlohnt und bieten einzelnen Menschen keine Perspektive, für ihre Altersrente vorzusorgen. Prekariat und Armut im aktiven Erwerbsalter führen automatisch zu Armut im Alter.

Wer wenig arbeitet und wenig verdient, hat im Alter auch wenig Rente, so lautet die einfache Formel. Wer kann, so wird uns angeraten, sollte privat vorsorgen. Die Frage ist jedoch – wovon?

2036 könnten es weit mehr als 20% der Rentner und Rentnerinnen sein (mehr als jede/r Fünfte!), die armutsgefährdet sind. 2021 waren es 17,4%. Tendenz steigend.



Als gefährdet gelten die Rentner, die weniger als 958 Euro (2019) netto im Monat zur Verfügung haben.

Alleinstehende Frauen, vor allem alleinstehende Mütter und geringqualifizierte Menschen, die lange Arbeitslosigkeitsphasen hinter sich haben sowie Menschen mit Migrationshintergrund befinden sich in Gefahr, von Altersarmut betroffen zu sein.

Bei Frauen liegt dieses Risiko viermal höher als beim Durchschnitt. Aktuell liegt das Bruttoniveau der gesetzlichen Rente bei rund 48 Prozent des letzten Nettoeinkommens.

„Betriebsrente und private Rentenvorsorge sind wichtig“, sagt Bert Rürup, Rentenexperte, „um im Alter eine Lebensstandardsicherung zu gewährleisten“.

Doch wer das nicht kann, bekommt im Alter ein Problem. Jeder 20. Rentner lebt auf Sozialhilfeniveau.

Das Problem der Altersarmut ist jetzt schon akut, wird aber in Zukunft zur bedrückenden sozialen Frage.

Tag der menschenwürdigen Arbeit:

Die KAB und das Netzwerk ArbeitSwelt setzen in Göppingen ein Zeichen



Mit der „Längen Tafel gegen Altersarmut“ macht die KAB und das Netzwerk ArbeitSwelt auf die zunehmende Altersarmut aufmerksam. Wir wollen sensibilisieren – anmahnen – Perspektiven diskutieren, Altersarmut sichtbar machen, betonte Ákos Csernai-Weimer, KAB.

Lange Tafel gegen Altersarmut: „Jetzt löffeln wir die Suppe aus“

Göppingen. Immer wieder setzten sich ganz unterschiedliche Menschen an die Göppinger „Lange Tafel gegen Altersarmut“, die am Samstag, 7. Oktober 2023, auf dem Marktplatz aufgebaut war, um zu essen und ins Gespräch zu kommen. Die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) und das Netzwerk ArbeitSwelt hatten zu Maultaschen in der Brühe und zu Kaffee und Kuchen eingeladen. Jetzt löffeln wir die Suppe aus“, sagte KAB-Sekretär Ákos Csernai-Weimer, der sein Wort auch in übertragenem Sinne verstanden wissen wollte. Sowohl er als auch Diakon Norbert Köngeter vom Netzwerk ArbeitSwelt wiesen auf Schief lagen in der Gesellschaft hin, die geändert werden müssten, um Altersarmut zu verhindern. Sie nannten zunächst Zahlen, um daraus Forderungen abzuleiten. Allen politischen Regelungen und Veränderungen zum Trotz steige gerade bei älteren Menschen die materielle Armut an. Das Statistische

Bundesamt zählte im Juni 2023 im Bundesdurchschnitt rund 10 Prozent mehr Rentnerinnen und Rentner als im Juni 2022, die Grundsicherungsleistungen bezogen. Es waren 691.820 Menschen und 63.250 mehr als im Vorjahreszeitraum.

Als gefährdet gelten Rentner und Rentnerinnen, die weniger als 958 Euro netto monatlich zur Verfügung haben. Csernai-Weimer und Köngeter forderten mehr Solidarität in der Rentenversicherung ein. Die Anhebung des Mindestlohns von 12 auf 14,47 Euro, wie es die KAB seit langem fordert, die Abschaffung von prekären Arbeitsverhältnissen und eine Vergrößerung der Einnahmeseite bei den unterschiedlichen Einkunftsarten der Beitragszahler und -zahlerinnen. So sollten etwa nach Meinung der KAB Aktiengewinne höher besteuert und den Renten zugeführt werden, wie in Österreich. „Wir wollten die Menschen für das Thema sensibilisieren

und mahnen“, so Csernai-Weimer. Köngeter sagte, dass man im Netzwerk erlebe, wie es Menschen in Armut gehe. Sorge mache, dass sich viele aus Scham nicht trauten, die ihnen zustehende Unterstützung zu beantragen. Das Netzwerk und die KAB würden bei Anträgen helfen. Landrat Edgar Wolff sprach für den Landkreis, der an der Seite der sozialen Einrichtungen stehe. Im Landkreis helfe man mit der Grundsicherung, die erhöht werden soll, in über 2.500 Fällen. Das Problem sei erkannt und es werde zwar schon viel getan und gegengesteuert, aber es hapere immer noch an der politischen Umsetzung. Die finanziellen Spielräume würden nicht größer.

Wolff bedankte sich bei den Veranstaltern und den Ehrenamtlichen.

Ákos Csernai-Weimer,
Berichterstattung NWZ
Göppinger Kreisnachrichten

Impressum:

KAB-Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart e. V. | Jahnstraße 30 | 70597 Stuttgart |
Telefon: (0711) 9791-4640 | Redaktion: Bernhard Bormann | Vi.S.d.P. Thomas Riediger | E-Mail: KAB@blh.drs.de | www.kab-drs.de |
Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Erzdiözese Freiburg e. V. | KAB-Diözesansekretariat Freiburg | Postfach 449 | 79004 Freiburg |
Telefon: (0761) 5144-227 | Redaktion: Ulf Bergemann | E-Mail: kab@seelsorgeamt-freiburg.de | www.kab-freiburg.de

Warum bekommen es die Nachbarländer Österreich, Schweiz und Schweden besser hin?

Altwerden ohne Zukunftsangst

In Österreich, in der Schweiz oder in Schweden sind die Renten viel höher als in Deutschland. Das ist kein Zufall, sondern Politik.

Die Armut im Alter, sie wächst. Mitte 2023 beziehen rund 680.000 Rentnerinnen und Rentner Grundsicherung, weil ihre Rente nicht ansatzweise zum Leben reicht. Doch die Armut im Alter beschränkt sich bei weitem nicht auf diese 680.000 Menschen. Seit der Jahrtausendwende wurden in der gesetzlichen Rentenversicherung zahlreiche Abschlüsse eingeführt und das Renteneinstiegsalter erhöht. Die Folgen werden jetzt spürbar. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes verfügten Ende 2022 rund 4,9 Millionen Rentnerinnen und Rentner über eine Altersrente von weniger als 1000 Euro netto, 38,2 Prozent davon sind Frauen. Aufgrund ihrer zumeist geringeren Löhne werden zukünftig etwa 40 Prozent aller vollbeschäftigten Frauen mit einer Rente von weniger als 1000 Euro monatlich auskommen müssen, auch wenn sie 40 Jahre gearbeitet haben. Die Riester-Rente, die als Ausgleich für die Kürzungen in der gesetzlichen Rentenversicherung staatlich gefördert wurde, konnte die Verluste in der Rentenversicherung nicht ansatzweise ausgleichen.

Es ist durchaus charakteristisch für ein Jahrhundert der sozialen Ungleichheit, dass unter dem Oberbegriff „Rentenreform“ in erster Linie über eine Aktienrente und über ein höheres Renteneinstiegsalter nachgedacht wird. Dabei könnte man von einigen europäischen Nachbarländern lernen, wie gerechte Rente geht. Dort sind die Renten um einiges höher als in Deutschland:

Österreich: Die Rentenexperten Dagmar Hühne und Holger Balodis erzählen in ihrem Buch „Rente rauf. So kann es klappen“, wie die Alpenrepublik es schafft, 14 Mal im Jahr eine Monatsrente aus auszahlen, die um rund 700 Euro höher liegt als



die deutsche Durchschnittsrente. Dieses Rentenwunder wird zwar auch mit höheren Beiträgen erreicht, aber vor allem durch den Einbezug aller Berufsgruppen in die gleiche gesetzliche Rentenversicherung: Angestellte, Beamte, Politiker, Selbstständige, Geringverdiener. Deshalb verlangen auch in Deutschland Gewerkschaften und soziale Organisationen eine Erwerbstätigenrente, in die alle Berufsgruppen gleichermaßen einzahlen. Selbst wenn die dann nach und nach integrierten jungen Beamtinnen und Beamten in 45 Jahren eine Rente erhielten, wäre die Finanzierung für den Ruhestand der geburtenstarken Jahrgänge in den kommenden zwanzig Jahren gesichert.

Schweiz und Schweden: Die Schweizer Renten werden durch eine Grundversorgung für alle, vor allem aber durch eine verpflichtende überbetriebliche Berufsrente gesichert, in die Arbeitnehmer und Arbeitgeber Lohnbeiträge einzahlen. Diese Verpflichtung ließe sich auch mit einer Aktienrente verbinden, wie sie in Schweden äußerst effektiv organisiert wird.

So könnte es konkret ablaufen: Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen zusätzlich zur gesetzlichen Rentenversicherung noch paritätisch Beiträge in einen staatlich

gesicherten Aktienfonds ein. Dieser Fonds wird - wie in Schweden - von weniger als dreißig Mitarbeitenden unbürokratisch geführt und investiert die Beitragseinnahmen breit gestreut in Aktiengesellschaften. Die Gelder werden für die Beschäftigten angespart und im Ruhestand ausgezahlt. Alle Rentnerinnen und Rentner wären dann an den Erträgen der Wirtschaft beteiligt. Nach den Erfahrungen in der Schweiz wären die Erträge um einiges höher als die der allermeisten Riester-Verträge und um sehr viel höher als jede auf Pump finanzierte Aktienrente, die im besten Fall die Beiträge in ferner Zukunft ein wenig stabilisieren kann.

Der Umbau des Rentensystems zu einer Erwerbstätigen-Versicherung und eine verpflichtende beitragsfinanzierte Aktienrente würden die Renten in Deutschland um mehrere hundert Euro pro Monat erhöhen. Wenn der Staat dann noch die Grundsicherung mit Steuermitteln zu einer Mindestrente aufstockt, wäre die Angst vor Armut im Alter deutlich geringer.

Wolfgang Kessler, Auszug aus dem neuen Buch „Das Ende des billigen Wohlstands. Wege zu einer Wirtschaft, die nicht zerstört.“ Siehe auch Buchbesprechung auf Seite 24.

Mein Kommentar: Was heißt hier Generationengerechtigkeit?

Wie gerecht ist die Rente? Die Gestaltung einer nachhaltigen Alterssicherung ist aufgrund gesellschaftlicher Wandlungsprozesse immer eine große sozialpolitische Herausforderung.

Fakt ist: Die gesetzliche Rente sichert den Lebensstandard im Alter immer weniger. Bei den neuen Altersrenten lag der durchschnittliche Zahlbetrag in Baden-Württemberg 2022 bei 1.124,06 Euro, brutto. Dies wird hervorgerufen z.B. durch immer mehr Beschäftigte mit Mindestlohn, keine Beitragszahlungen der Jobcenter bei längerer Arbeitslosigkeit und vermehrt prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Zudem führt

die immer prozentuale Rentensteigerung zu einer Bevorzugung von höheren Renten gegenüber niedrigeren. Hinzu kommt, dass der Unterschied in der Lebenserwartung zwischen der Gruppe mit dem relativ niedrigsten Einkommen und der mit dem höchsten bei Männern nicht weniger als 8,6 Jahre, bei Frauen 4,4 Jahre beträgt.

Das ist schon für sich ein Skandal. Richtig spannend wird es, wenn man das auf die Rentensituation anwendet.

Ulrike Herrmann, taz-Redakteurin, bringt es meiner Meinung nach auf den Punkt:

Wer sehr gut verdient hat, bekommt dank der statistisch längeren Auszahlungszeit viel mehr heraus als jemand mit niedrigem Lohn, der früher stirbt. Das in Deutschland so hochgehaltene Äquivalenzprinzip zwischen Einzahlung und Auszahlung ähnelt einem gezinkten Kartenspiel, wo die einen mehr Asse, die anderen mehr Luschen zugeteilt bekommen.

Dieses Gerechtigkeitsdefizit muss angegangen und gelöst werden!

Joachim Kühner, Sozialsekretär der KAB Rottenburg-Stuttgart

Zeitenwende in Baden-Württemberg – sozial – ökologisch – solidarisch

Auftakt der Aktionswoche gegen Altersarmut

Stuttgart. Aktuell befinden wir uns als Gesellschaft in Deutschland und in Baden-Württemberg in einer Phase multipler Krisen und Herausforderungen. Diese Entwicklung hat sich im Laufe der letzten Jahre dramatisch zugespitzt, sodass mittlerweile von einer ‚Zeitenwende‘ gesprochen wird. Ökonomisch gesehen stößt die Gesellschaft an Grenzen des Wachstums.

Diese Entwicklung erfordert, zukünftig das Leben anders zu gestalten, Komfortzonen zu verlassen und sich aktiv in sozialen, ökologischen und solidarischen Themenbereichen zu engagieren. Was bedeutet dies für Baden-Württemberg?

► Sozial

Menschen in prekären Lebenslagen – in Armut – bekommen die Auswirkungen



Armut bedroht alle! Aktionswoche Baden-Württemberg 16.–20. Oktober 2023
Das Bündnis war am 16. Oktober zum Auftakt der diesjährigen Aktionswoche in der Stuttgarter Innenstadt unterwegs. Geschobene Fahrräder und Würfel waren Blickfang für unsere Forderungen. Die KAB durfte natürlich nicht fehlen.

der gegenwärtigen Krisen mit voller Wucht zu spüren. Ihre Situation gleicht

einem Ausnahmezustand, der von finanziellem Mangel, sozialem Ausschluss und

großer persönlicher Unsicherheit geprägt ist. Drastisch gestiegene Verbraucherpreise, der allgemeine Vertrauensverlust in demokratische Strukturen sowie Institutionen verstärken diesen Trend und führen bei einem Teil der Betroffenen zu Rückzug, Isolation und Verelendung.

► **Ökologisch**

Eine umgehende ökologische Transformation ist schlichtweg unumgänglich, da die Folgen des globalen Klimawandels immer massiver auftreten. Hier sind ebenfalls Menschen, die in Armut leben, in besonderer Weise betroffen, da sie meist in geringwertigeren Wohnlagen leben (mangelhafte Bauweise und Isolation, veraltete Haustechnik – hohe Kosten und ökologisch ineffizient) und ansonsten wenige Möglichkeiten haben, auf mögliche Klimaaspekte finanziell zu reagieren.

► **Solidarisch**

Die Dimension menschenrechtlicher Solidarität in dieser Zeitenwende muss bedeu-



Die Aktion mündete in einen Austausch der Akteure im Chorraum der Leonhardskirche.

ten, dass man sich als globale Bürger*innen dieses Planeten begreift, die verkrustete Ungleichheiten hinter sich lassen und zusammen an einem solidarischen Strang ziehen. Menschen in Armut bedürfen der speziellen Solidarität der Gesellschaft, um als Teil dieser an den zukünftigen Transformationsprozessen aktiv mitzuwirken. So gelingt gegenseitiges Verständnis, Empowerment und Befähigung!

Die Aktionswoche bietet die Möglichkeit, diese Perspektiven in die Sozialpolitik, in die Sozialforschung und in die Entwicklung von gesellschaftlichen Lösungsideen zu stellen. Diesen Rahmen bietet 2023 die gemeinsame Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg (LAK-BW).

Redaktion Schwerpunkt Altersarmut
Bernhard Bormann,
KAB-Bildungsreferent

